

Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
zH des Vorstandes
Rudolfsplatz 13a
A -1010 Wien

Email: marktregeln@e-control.at

Wien, am 24.10.2019

Stellungnahme der AGCS zur Gasmarktmodellverordnung 2020

Sehr geehrter Herr Dr. Urbantschitsch, LL.M.,
sehr geehrter Herr Dipl.-Ing. Eigenbauer,

wir bedanken uns für die Einladung, den Verordnungsentwurf des neuen Bilanzierungsmodells des österreichischen Gasmarktes binnen offener Frist (25. Oktober 2019) zu kommentieren.

Die nun vorliegende Verordnung enthält weitreichende Änderungen im Bereich des Bilanzierungs- und Ausgleichsenergieregimes.

Die AGCS ist seit 2002 in der Funktion als konzessionierter Bilanzgruppenkoordinator für den österreichischen Gasmarkt tätig und erfüllt diese Aufgaben seit 17 Jahren in unabhängiger, kosteneffizienter und transparenter Weise.

Die AGCS hat während des Konsultationsprozesses bereits mündlich und schriftlich Stellung genommen. Viele dieser Anmerkungen wurden von der Regulierungsbehörde dankenswerterweise aufgenommen und auch in dem vorliegenden Verordnungsentwurf berücksichtigt. Die folgenden Punkte des Verordnungsentwurfes bedürfen aus Sicht der AGCS noch Klarstellungen.

Ausgleichsenergiepreismodell

§ 22

§ 22. (1) Eine sich aus den Allokationskomponenten gemäß § 21 Abs. 1 ergebende Tagesunausgeglichenheit einer Bilanzgruppe wird gegenüber dem Bilanzgruppenverantwortlichen gemäß § 24 zum Ausgleichsenergiepreis des jeweiligen Gastages abgerechnet.

(2) Wenn die Tagesunausgeglichenheit einer Bilanzgruppe positiv ist (d.h. die Einspeisungen des jeweiligen Gastages die Ausspeisungen übersteigen) wird der Grenzverkaufspreis angewendet. Dieser ergibt sich als der niedrigere der beiden folgenden Preise:

1. der niedrigste Preis aller physikalischen Ausgleichsenergieverkäufe gemäß § 28 Abs. 2 Z 1 für den jeweiligen Gastag, oder
2. der Börsereferenzpreis (CEGHIX) des jeweiligen Gastags abzüglich einer kleinen Anpassung idH von drei Prozent.

(3) Wenn die Tagesunausgeglichenheit einer Bilanzgruppe negativ ist (d.h. die Einspeisungen des jeweiligen Gastages hinter den Ausspeisungen zurückbleiben) wird der Grenzankaufspreis angewendet. Dieser ergibt sich als der niedrigere der beiden folgenden Preise:

1. der höchste Preis aller physikalischen Ausgleichsenergieverkäufe gemäß § 28 Abs. 2 Z 1 für den jeweiligen Gastag, oder
2. der Börsereferenzpreis (CEGHIX) des jeweiligen Gastags zuzüglich einer kleinen Anpassung idH von drei Prozent.

(4) Ausgleichsenergiepreise sind in Cent/kWh anzugeben und auf mindestens drei Kommastellen kaufmännisch zu runden.

Das Preismodell ist nicht korrekt formuliert:

(3) sollte lauten....ergibt sich als der **höhere** der beiden folgenden Preise und weiters sollte formuliert sein... **Ausgleichsenergieeinkäufe** anstatt Ausgleichsenergieverkäufe

Selbiger Fehler findet sich auch im Teil 6 für die Marktgebiete Tirol und Vorarlberg.

Wie bereits angemerkt, kann in Krisensituationen das vorgeschlagene Ausgleichsenergiepreismodell des neuen Bilanzierungsmodells (gültig ab 2021) zu beträchtlichen Problemen führen, da das Preismodell die MOL und FLEX MOL Preise (Preise von Verbraucherabschaltungen) nicht miteinbezieht. Damit können die Kosten aus Merit Order Abrufen und Verbraucherabschaltungen nicht über den Ausgleichsenergiepreis aufgebracht werden. Über welchen Mechanismus diese Kosten aus MOL Abrufen aufgebracht werden sollen bleibt weiterhin offen. Differenzen zwischen Ausgleichsenergieerlösen und Kosten für physikalische Ausgleichsenergie können beträchtlich sein, da in Engpasssituationen die MOL sowie Verbraucherabschaltungen auch zu Preisen von eventuell einigen hundert EUR/MWh abgegolten werden müssen. Hier stellt sich die Frage der Weiterverrechnung dieser Kosten.

Wir wollen auf etwaige Problem- und Risikofelder wie folgt hinweisen:

- Spekulationsanreize für Anbieter in Krisenzeiten
- Risiko hoher negativer Beträge beim Clearing, welche am Umlagekonto anlanden
- Liquiditätssengpässe bei der Bilanzierungsstelle beim Clearing
- SOS Versorgungen in Nachbarländer durch österr. Verbraucherabschaltungen können von der Bilanzierungsstelle an die Nachbarländer nicht weiterverrechnet werden. Eine Beteiligung der Bilanzierungsstelle ab 2021 an solchen Solidaritätsverpflichtungen wird dadurch verunmöglicht.

Die Kosten aus Verbraucherabschaltungen (für Österreich oder im Rahmen der SOS Verordnung auch für das Ausland) sollen bei der Ermittlung des Ausgleichsenergiepreises miteinbezogen werden. Die MOL und FLEX MOL Kosten sollen über den Ausgleichsenergiepreis daher vollständig aufgebracht werden und auch Abschaltungen im Rahmen der SOS Verordnung sollen an den Nachbarstaat weiterverrechnet werden.

Die FLEX MOL Abrufe müssen in einer Form einbezogen werden, die es ermöglicht die FLEX MOL Kosten für den Tag auch über den Ausgleichsenergiepreis des Tages aufzubringen. Nicht finanzierbare Defizite sollen jedenfalls vermieden werden.

Ebenso sollen auch enorme Überschüsse vermieden werden. Daher halten wir die Anwendung von Grenzpreisen, insbesondere in Krisensituationen mit Verbraucherabschaltungen, für wenig geeignet. Der höchste FLEX MOL Preis soll nicht zum Ausgleichsenergiepreis werden. Grenzpreise sind besonders in Krisensituationen für die Marktteilnehmer unkalkulierbar. Wenn 1 MWh um 500 EUR/MWh abgerufen wird, soll deshalb nicht der Ausgleichsenergiepreis 500 EUR/MWh sein und gegen 2000 MWh Unausgeglichenheit verrechnet werden. Diese EUR 1 Million pro Stunde an Kosten wird der Gasmarkt nicht tragen wollen. Es gilt, keine Risiken für die Marktteilnehmer und für die Bilanzierungsstelle entstehen zu lassen.

Untertägiges Anreizsystem

§ 23

(4) Der spezifische Kostenbeitrag entspricht der Differenz zwischen den mengengewichteten Durchschnittspreisen für **physikalische Ausgleichsenergieeinkäufe bzw. -verkäufe** des MVGM am jeweiligen Gastag und ist minimal Null. Dieser ist in Cent/kWh anzugeben und auf mindestens drei Kommastellen kaufmännisch zu runden.

Physikalische Ausgleichsenergie ist die vom MVGM tatsächlich abgerufene AE. Damit sind bei der Ermittlung des spezifischen Kostenbeitrags die MOL Abrufe inkludiert. Für das WDO-Entgelt werden MOL-Abrufe also mitberücksichtigt. Bei der Ermittlung des Ausgleichsenergiepreises bleiben diese allerdings unberücksichtigt.

Wir wollen hiermit nur auf die Inkonsistenz zwischen Ausgleichsenergiepreis und Strukturierungsentgelt hinweisen.

Kosten des gegenläufigen Abrufs

§ 23

(5) Der absolute Kostenbeitrag eines Bilanzgruppenverantwortlichen ergibt sich durch Multiplikation des spezifischen Kostenbeitrags gemäß Abs. 4 mit der Überschreitungsmenge gemäß Abs. 3. Die Bilanzierungsstelle hat dabei sicherzustellen, dass die **Summe der Kostenbeiträge sämtlicher Bilanzgruppenverantwortlicher für einen Gastag jedenfalls auf die resultierenden Gesamtkosten der Ausgleichsenergieeinkäufe bzw. -verkäufe zum Zwecke der Strukturierung an diesem Gastag beschränkt** ist.

Die Verordnung legt fest, dass die Kosten des gegenläufigen Abrufs verrechnet werden, es aber im Rahmen dieser Verrechnung zu keinen Übererlösen kommen darf.

Wir merken an, dass die Methode der Kostenermittlung bei gegenläufigen Abrufen nur eine Ungefähre ist. Die Erlöse aus dem Strukturierungsentgelt dürfen ihrer Definition nach jedenfalls nicht größer sein als diese fiktiven Kosten.

Die gesamte Ausgleichsenergieverrechnung ist eine Systematik mit Aufschlägen und Grenzpreisen, die dafür sorgt, dass mehr eingenommen als ausgezahlt wird. Solche Übererlöse sind daher aus unserer Sicht auch beim Strukturierungsentgelt kein Problem.

Die Toleranzüberschreitung wird immer etwas anderes sein als Menge des gegenläufigen Abrufs.

Market Maker

§29

(15) Im Falle von ungenügenden oder gänzlich fehlenden Angeboten von Ausgleichsenergie, kann von der Bilanzierungsstelle ein Market Maker eingeführt werden. Die vom Market Maker vorzuhaltende Leistung ist vom MVGM festzulegen. Die Einführung und Abwicklung des Market Makers erfolgt entsprechend den allgemeinen Bedingungen der Bilanzierungsstelle und ist der Regulierungsbehörde anzuzeigen.

Die Weiterverrechnung der Kosten des Market Maker ist in ihrer Verordnung nicht geregelt. Die einzige Weiterverrechnungsmöglichkeit wäre das Preismodell oder die Umlage, jedoch wird weder das eine noch das andere Kostenverrechnungselement erwähnt. Kosten aus Market Maker könnten derzeit nur über die Umlage im Nachhinein aufgebracht werden. Die aktuellen Kosten dafür müssten vorübergehend kreditfinanziert werden.

Bilanzierungsstatus

§32

(11) Die Datenbereitstellung der Bilanzierungsstelle beinhaltet insbesondere

2. die stündliche Übermittlung jener aggregierten Allokationsdaten je Bilanzgruppe und Daten zum Bilanzgruppenstatus in Form von Stundenzeitreihen an den MVGM, die dieser für die Informationsbereitstellung gemäß §§ 33 und 34 benötigt. Bilanzierungsstelle und MVGM haben durch entsprechende Koordination auf eine möglichst effiziente und nutzerfreundliche Bereitstellung dieses Daten hinzuwirken;

Heute wird der Bilanzgruppenstatus vom MVGM erstellt und übermittelt. Hier sollte aus Effizienzüberlegungen (kein paralleler 24/7 Betrieb) klargestellt werden, dass der Bilanzgruppenstatus weiter durch diesen erstellt und bereitgestellt wird.

2. Clearing

§46

§ 46. Das erste und zweite Clearing von Bilanzgruppen und besonderen Bilanzgruppen für Zeiträume vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung hat nach der bis dahin gültigen Systematik der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 (GMMO-VO 2012), BGBl. II Nr. 171/2012, zu erfolgen. Die involvierten Marktteilnehmer haben dazu die bestehenden Prozesse und Systeme für diesen Zeitraum aufrechtzuerhalten.

Die 2. Clearings erstrecken sich bis Jänner 2023. Es müssten dann zwei Clearingsysteme parallel laufen und finanziert werden, jenes welches am 1.10.2021 startet und von der benannten Bilanzierungsstelle betrieben wird sowie die nun aktiven Clearingsysteme die von AGCS und A & B, welche noch für Nachverrechnungen und 2. Clearings vollumfänglich betrieben werden müssen. Lediglich die Anbindung an die Gasbörse, die MOL und FLEX MOL Auktionsplattformen der gegenwärtigen Clearingsysteme würden ab Oktober 2021 nicht mehr benötigt werden.

Risikomanagement

§24

(5) Die Bilanzierungsstelle betreibt zur laufenden Bonitätsprüfung ein Risikomanagement-System und ist berechtigt, angemessene und nicht-diskriminierende Sicherheitsleistungen von Bilanzgruppenverantwortlichen zu verlangen. Die Ermittlung der erforderlichen Sicherheiten soll derart gestaltet werden, dass veränderte Situationen bzw. Risiken auch zeitnah reflektiert werden können. Die Erbringung von Sicherheiten durch Bilanzgruppenverantwortliche soll auch in Form von dezidierten Speichermengen möglich sein.

AGCS arbeitet bereits in Analogie des Risk Management Systems der APCS an einer Weiterentwicklung des derzeit bewährten im Einsatz befindlichen Systems

Diskussionen, um Speichergas als Sicherheit einzubringen wurden mit den Speicherbetreibern geführt wobei sich AGCS zu einer Umsetzung bereit erklärt hat. Dieses Projekt erfordert vertragliche Beziehungen und Abwicklungsregelungen zwischen Gasspeicherkunden, Speicherbetreiber, MVGM und AGCS. AGCS wird dies unabhängig von der Verordnung umsetzen. Ob es eine Nachfrage nach einer solchen Form der Sicherheitsleistung gibt und es den Marktteilnehmern auch sinnvoll und ökonomisch erscheint ihr Working Capital (Speichergas) anstatt Bankgarantien einzubringen, das zu beurteilen obliegt den Speicherbetreibern und Speicherkunden. Die Initiative hierzu soll von den Speicherbetreibern ausgehen. Es bedarf aus unserer Sicht keiner Festschreibung einer bestimmten Sicherheitenform in der Verordnung.

Clearingentgelt

§24

(4) Im Rahmen ersten Clearings gemäß Abs. 2 kommt auch das Clearingentgelt gemäß § 89 GWG 2011 zur Abrechnung. Mengenmäßige Grundlage dafür ist die Summe sämtlicher Allokationskomponenten der Bilanzgruppe für einen Gastag gemäß § 21 Abs. 1. Eine Aufrollung im Rahmen zweiten Clearings gemäß Abs. 3 ist vorzusehen.

Bei einer Verrechnung des Clearingentgelts unter Einbeziehung aller Mengen inklusive Transitmengen, gehen wir davon aus, dass das Clearingentgelt stark sinken wird, womit Endverbrauchermengen stark kostenentlastet werden. Im Gegenzug werden Transitshipper die den Hauptteil der Umsatzmengen in die Berechnung einbringen belastet werden. Den Transitshippern dürfte noch nicht bewusst sein, dass hier Zusatzkosten auf sie zukommen.

Da Ausgleichsenergie keine Allokationskomponente ist, ist Ausgleichsenergie gebührenbefreit. Hat eine Bilanzgruppe viel Ausgleichsenergie ist damit die Verrechnung des Clearingentgeltes geringer.

Das Clearingentgelt ist im GWG im § 89 geregelt und beschränkt sich derzeit nur auf das Verteilergebiet.

Bilanzierung

§21

§ 21. (1) Die Bilanzierung erfolgt durch die Bilanzierungsstelle je Bilanzgruppe. Diese umfasst die folgenden Allokationskomponenten als Stundenzreihe mit Bezug auf den jeweiligen Gastag:

Bezüglich der Anforderungen an die Systematik bzw. des dafür notwendigen IT-Systems wird nichts Weiteres ausgeführt. Daher sollte man hier Ergänzungen vornehmen.

Die Bilanzierungsstelle hat ein Web-basiertes IT-System bereitzustellen, über welches die BGV, Lieferanten, Netzbetreiber, Biomethananlagenbetreiber und Auktionsteilnehmer die sie betreffenden Komponenten im Stundentakt einsehen können. Ein Rollen- und Berechtigungskonzept ist Teil des Bilanzierungssystems. Der Regulierungsbehörde ist dabei eine Zugangsberechtigung zu diesem Bilanzierungssystem zu gewähren. Das Bilanzierungssystem hat dem Konzept her einem sicheren, manipulationsgeschützten Buchhaltungssystem für Energiemengen zu entsprechen. Ein Mess- bzw. Nominierungswert ist dabei grundsätzlich auf einer Soll- und Habenseite zweier Konten zu buchen. Verrechnungen mit Marktteilnehmern und Risikomanagementanforderungen sind im System hinterlegt und für die Marktteilnehmer jederzeit einsehbar. Das System umfasst Module für Bilanzierung, Preisberechnung, Risikomanagement, Rechnungslegung, Datenaustausch

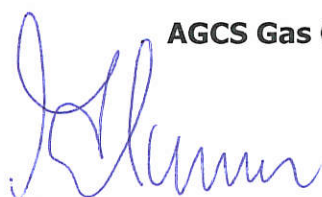
Allgemeines

Die Umsetzung der Verordnung über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung, im speziellen die Abwicklung der gegenseitigen Aushilfe in Krisenfällen dürfte jedenfalls Auswirkungen auf das Bilanzierungsmodell und die Bilanzierungsstelle haben. Diese Auswirkungen sollten auch in die Gasmarktmodellverordnung eingehen, um Diskrepanzen und Vorrangdiskussionen zwischen diesen beiden Verordnungen zu vermeiden.

Der Oktober 2021 als Startmonat aller Teile des neuen Bilanzierungsmodells erscheint AGCS als nicht gut geeignet. Ein Start erst nach den verbrauchsstarken Wintermonaten erscheint geeigneter und weniger riskant.

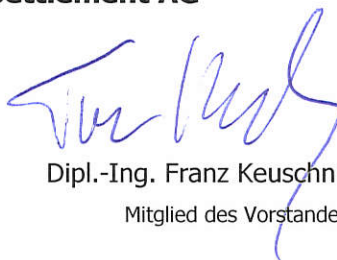
Wir bedanken uns für die konstruktive und transparente Zusammenarbeit während des Konsultationsprozesses und stehen für Rückfragen zu unseren Anmerkungen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Aubrunner
Mitglied des Vorstandes

AGCS Gas Clearing and Settlement AG



Dipl.-Ing. Franz Keuschnig, MBA
Mitglied des Vorstandes